

Religijny), der rund 3000 Mitglieder zählt, und durch den „Religionsverband des Mosaischen Bekenntnisses“ (Związek Religijny Wyznania Mojżeszowego) vertreten; letzterer ist die Gemeinschaft der polnischen Juden und hat etwa 2000 Gläubige. Bis vor rund 15 Jahren gab es in Polen erheblich mehr Juden, bis sie durch eine offen antisemitische Kampagne des damaligen Parteichefs Władysław Gomułka außer Landes getrieben wurden.

Insgesamt zählen die Glaubensgemeinschaften und Kirchen außerhalb der römisch-katholischen Kirche zusammen ca. 900 000 Angehörige. Die acht größten christlichen Kirchen Polens arbeiten im „Polnischen Ökumenischen Rat“ (Polska Rada Ekumeniczna) zusammen. Über ihn laufen die gegenseitigen Kontakte, aber auch die Kontakte zur römisch-katholischen Kirche, auch wenn Ökumene in Polen angesichts des beherrschenden Katholizismus im Verhältnis katholische Kirche – nichtkatholische Kirchen erst in den Anfängen steckt.

Kurzinformationen

Vom 20. bis 22. Mai besuchte Johannes Paul II. Mailand. Anlaß für den Besuch war der 20. Italienische Eucharistische Kongreß, der am Pfingstsonntag zu Ende ging. Der Papst hob bei seiner Ankunft die Bedeutung Mailands als wirtschaftliches Zentrum hervor und nannte die Mailänder Erzdiözese eines der wichtigsten Bistümer der katholischen Welt. In Mailand treffe man aber auch auf die negativen Erscheinungen, die die moderne Gesellschaft vergifteten und die im Säkularismus ihre Wurzel hätten. Eine weitere Gefahr sei der Bruch mit den eigenen geschichtlichen, kulturellen und religiösen Ursprüngen: „Es ist notwendig, daß Mailand seiner lebendigen christlichen Tradition und der uns vom Evangelium enthüllten Wirklichkeit des Menschen als eines vernunftbegabten, freien und transzendenzoffenen Wesens treu bleibt.“ Auf dem Programm des Papstbesuchs standen neben einem *Abstecher nach Desio*, dem Geburtsort Pius' XI., Begegnungen mit Seminaristen und Ordensleuten, mit Arbeitern und Unternehmern sowie mit Jugendlichen. Johannes Paul II. wohnte einem Konzert mit Werken von Giuseppe Verdi in der Scala bei, seinen Besuch deutete er als „Akt der Gegenwart in der Welt der Kunst“. Der Papst rief die Künstler dazu auf, mit ihrem Beitrag zur Aufrichtung des Menschen dem Zweifel, der Traurigkeit und der moralischen Krise entgegenzutreten. Kunst und Kultur bedeuteten Einheit, nicht Zerstückelung, Reichtum, nicht Verarmung. Gegenüber Arbeitern und Unternehmern bekräftigte Johannes Paul II. die Grundaussagen von „*Laborem Exercens*“ über die menschliche Arbeit. Die Kirche verteidige im Konflikt von Arbeit und Kapital die Rechte des Menschen, klage Ungerechtigkeiten an und versuche positiv zur Lösung der Probleme beizutragen. Den *Jugendlichen*, die sich im Autodrom von Monza versammelt hatten, rief der Papst zu, sie sollten „mit Objektivität, Ehrlichkeit und Mut“ Christus suchen. Die Jugendlichen des Jahres 1983 seien eine neue Generation, jenseits der Orientierungslosigkeit der zurückliegenden Jahre. Die Epoche der Kontestation gehöre der Vergangenheit an. In einer Welt, die langsam der Versuchung des Indifferentismus, Nihilismus und Materialismus zu verfallen drohe, sollten die Jugendlichen Verkünder und Zeugen der christlichen Hoffnung sein und mithelfen, eine neue Gesellschaft zu bauen.

Neuer Zuwachs

Rein quantitativ sind die nichtkatholischen Glaubensgemeinschaften recht bedeutungslos – eine Beschäftigung mit ihnen scheint bestenfalls statistischen Zwecken zu dienen. Bemerkenswert aber ist, bei wie vielen von ihnen ausdrücklich vermerkt worden ist, daß sie gerade in jüngster Zeit „Zulauf“, „Zuwachs“ etc. hatten. Es wäre gewiß interessant, Näheres zu diesen neuen Mitgliedern zu erfahren, insbesondere zu ihrem Alter. Keinesfalls müßte man sich wundern, wenn herauskäme, daß es überwiegend *jüngere Menschen* sind: In ganz Osteuropa ist eine Renaissance der Religiosität im Gange, speziell unter jungen Menschen – weil niemand sonst, schon gar nicht Ideologie und Institutionen des „realen Sozialismus“, ihre Fragen nach dem Sinn des Lebens beantworten kann. Wenn nicht alles trügt, dann haben offenbar auch die kleinen Konfessionen Polens von dieser Suche nach Wahrheit „profitiert“.

Auf dem CDU-Parteitag in Köln (25./26. Mai) holte Bundeskanzler Helmut Kohl einen Teil seiner Ausführungen zu Kernfragen gegenwärtiger Politik nach, die in der Regierungserklärung vom 5. Mai vermißt wurden. Kohl konzentrierte seine Grundsatzrede vor dem Parteitag vor allem auf drei Punkte: Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit unter dem Diktat knapper Kassen, Bewahrung der menschlichen Grundlagen der Industriegesellschaft in einer Zeit raschen wirtschaftlich-technologischen Wandels, die moralische Legitimation und die Chancen „einer Politik zur Sicherung von Frieden und Freiheit“. Im sozialpolitischen Teil seiner Rede wandte sich Kohl vor allem gegen vereinfachte politische Rezepte. Die Formel von den überzogenen Ansprüchen, die es jetzt zurückzufahren gelte, sei ebenso zu einfach, wie das „dumme Wort“ vom Kaputtsparen. Nachdrücklich warnte Kohl, damit indirekt wieder die Neue soziale Frage des Parteitages 1975 von Mannheim aufgreifend, vor einem „sozialen Frieden“, der vorwiegend auf der Wahrung der Besitzstände mächtiger Gruppen beruhe, die Druck ausüben und streiken können. In dem Zusammenhang setzte er auch deutlich *verteilungspolitische Akzente*. Dabei hob er vor allem auf eine Stärkung der Familie ab und meinte dazu: Es wäre besser, „wenn manche bei ihrer Suche nach der heilen Welt nicht immer nur in den Kategorien von vorgestern und übermorgen dächten“. Hier und heute gelte es wahrzunehmen, „daß die Familie für die Qualität unseres Zusammenlebens entscheidend ist und bleibt“. Die bisher bekannten alternativen Lebensgemeinschaften seien nur ein schwacher und für die meisten letztlich unbefriedigender Ersatz für die Familie. Auffallend differenziert äußerte sich Kohl zum Thema *Technik*. Er räumte selbstkritisch ein, „daß auch wir in der Vergangenheit Risiken der Technik nicht richtig eingeschätzt haben; wir haben häufig in erster Linie ihre wirtschaftlichen Vorteile gesehen und negative Folgen für die Menschen und Umwelt manches Mal zu leicht in Kauf genommen“. Zugleich aber warnte er davor, „die Technik zum Sündenbock für alles Unbehagen in der Gesellschaft abzustempeln“. Er stellte die Frage, „was es denn bedeute, daß diejenigen, die die Kälte der modernen technischen Zivilisation besonders heftig anprangern, zugleich die schärfsten Kritiker überlieferter und bestehender Werte“ seien. Im friedens-

politischen Teil unterstrich Kohl wohl im Blick auf die zu erwartenden Auseinandersetzungen im Herbst vor allem den *Zusammenhang von innerem und äußerem Frieden*.

Am 11./12. Juni veranstaltete die Katholische Akademie in Bayern eine zum Teil mit großen Namen besetzte Tagung über Arbeitslosigkeit. Obwohl schlüssige Konzepte weder herauskamen noch erwartet wurden, gab es dort vor dem zahlreich erschienenen Publikum eine Reihe von interessanten Aussagen. Dies galt sowohl bezüglich der grundsätzlichen Einschätzung und Wertung von Arbeit heute wie hinsichtlich der Voraussetzungen gegenwärtiger Beschäftigungspolitik. Während der Göttinger Soziologe *Hans Paul Babrdt* den Arbeitsbegriff vor allem geschichtlich erläuterte und vor einer *Überbewertung der Arbeit in der Industriegesellschaft* warnte, befaßte sich der Schweizer Nationalökonom *Emil Küng* besonders betont mit den individual- und sozialpsychologischen Funktionen der Arbeit. Er sprach vom produktiven Glück, das Arbeit vermittele, und forderte dazu auf, diesen Aspekt in Schule und Erziehung stärker zu vermitteln. Mit dem Komplex Beschäftigung und Rationalisierung beschäftigte sich der Münchner Sozialethiker und Jesuit *Walter Kerber*. Es sei nicht sinnvoll, einen Menschen eine Arbeit verrichten zu lassen, die eine Maschine leichter, präziser und kostengünstiger erledige. Wie der Gewerkschaftsvertreter *Ernst Wrede* plädierte auch Kerber, nach einer beschäftigungspolitischen Antwort auf die verschiedenen *Rationalisierungsschübe* schauend, in erster Linie für Verkürzung der Arbeitszeit und für die Gewährung größerer Wahlmöglichkeiten bei der Arbeitszeitgestaltung. Kerbers Kernthese, die auch bei anderen Referenten direkt oder indirekt auftaucht, lautete: Es fehle uns nicht an sinnvollen Aufgaben, sondern an der rechten Organisation unserer Arbeit. Übereinstimmung herrschte darüber, daß die Arbeitslosenzahl noch zunehmen werde – der Vertreter der Arbeitgeber, *Jakob Deffner*, prognostizierte für die Mitte der 80er Jahre eine Erwerbslosigkeit von 3 bis 4 Millionen – und auch darüber, daß das Wachstum allein kein geeignetes Mittel zu ihrer Bekämpfung ist. Die Lösungsvorschläge blieben freilich auch bei dieser Tagung höchst widersprüchlich und teilweise recht dunkel. *Kurt Biedenkopf*, in diesem Punkte sich dem Vertreter der Arbeitgeber annähernd, sah einen Hauptpunkt der gegenwärtigen Beschäftigungskrise vor allem in den zu *hohen Gemeinschaftskosten* der Arbeit. Die Krise der Wirtschaft, so Biedenkopf, sei vor allem in erster Linie eine Krise des Verteilungssystems. Infolgedessen gingen alle Vorschläge zur Verbesserung der Produktionsstrukturen an dem eigentlichen Problem vorbei. Für *Oswald von Nell-Breuning* war ein entscheidender Punkt, daß heute ein immer größerer Teil des Sozialprodukts aus öffentlichen, der Definition nach unverkäuflichen Gütern bestehe und ein immer größerer Teil der Menschen in der Erzeugung solcher Güter arbeite. Darauf müsse der Verteilungsprozeß erst noch umgestellt werden. Ziemlich einig schienen sich die Referenten hinsichtlich der Feststellung des wirtschaftspolitischen Sprechers der SPD, *Wolfgang Roth*, zu sein, Kennzeichen der Strukturkrise unserer Wirtschaft sei nicht, daß die Arbeit schlechthin ausgehe, sondern die bezahlte und bezahlbare Arbeit. Als mehr oder weniger unausgesprochenes Fazit blieb die Einsicht, daß die gegenwärtige Beschäftigungskrise als eine Strukturkrise der Wirtschaft ohne Einschränkung des Lebensstandards bzw. ohne Einkommensverzicht weder mittel- noch langfristig zu bewältigen sein wird.

Zum dritten Nationaltreffen der Katholischen Charismatischen Gemeinde-Erneuerung (CGE) in der Bundesrepublik Deutschland

kamen vom 17. bis 19. Juni 1983 rund 3000 Christen nach Würzburg. Der Vorsitzende des Theologischen Ausschusses der CGE, der Paderborner Dogmatiker *Heribert Mühlen*, forderte in einem Einführungsreferat die Kirche dazu auf, mehr noch als bisher Umkehrgemeinschaft zu werden. Hierzu wolle die Charismatische Gemeinde-Erneuerung ihren Beitrag leisten. Der verbreiteten Ansicht, man müsse alles selber machen, alles hänge von der Machbarkeit durch den Menschen ab, müsse die biblische Verheißung entgegengehalten werden, der Geist sei es, der alles neu mache. Der heutige Mensch müsse außerdem wieder Zugang zu der Glaubenserfahrung finden, daß der Gott der Bibel ein geschichtlicher Gott, ein menschgewordener Gott, ein Gott, der auch heute noch ins Weltgeschehen eingreife, so z. B. geistliche Aufbrüche bewirke. Als Vertreter der charismatischen Gemeinde-Erneuerung in der evangelischen Kirche sprach sich der Hamburger Pastor *Wolfram Kopfermann* für eine offensive und aktive Antwort der Kirche auf die Fragen der Zeit aus. Diese Antwort könne weder Bewahrung der Besitzstände nach konservativem Muster noch bloße Anpassung nach progressivem Muster, sondern müsse Evangelisierung heißen. Das Würzburger Treffen stand unter dem biblischen Thema „Auf dein Wort hin“. Zu seinem Programm gehörten Eucharistiefeiern u. a. mit Kardinal *Léon-Josef Suenens*, Brüssel, und dem Würzburger Bischof *Paul Werner Scheele*, Referaten des Leiters des Internationalen Rates für Charismatische Erneuerung, des US-amerikanischen Redemptoristenpaters *Tom Forrest*, und von Kardinal Suenens, außerdem die in der charismatischen Bewegung üblichen Zeugnisse von Mitgliedern über persönliche Glaubenserfahrungen sowie eine Reihe von Forumsveranstaltungen in Würzburger Kirchen. Eine ähnliche Veranstaltung fand für Österreich vom 2. bis 5. Juni 1983 in Linz unter dem Motto „Jesus Christus – unsere Hoffnung“ statt. In der Bundesrepublik Deutschland bestehen über 400 Gebets- und Gemeindeguppen der CGE von insgesamt mehreren tausend Laien und Priestern. In jedem Bistum gibt es zwei Sprecher, einen Priester und einen Laien. Vorsitzender des Koordinierungsrates der CGE ist der Krefelder Pfarrer *Peter Quirmbach*.

Die Sommersitzung der Schweizer Bischofskonferenz vom 6. bis 8. Juni hatte ihren Schwerpunkt in einer gemeinsamen Studientagung mit ihrer Theologischen Kommission über Mariologie und Marienverehrung sowie das Papstamt (Petrusdienst). Behandelt wurden diese Fragenkreise im Hinblick auf den für Pfingsten 1984 vorgesehenen Papstbesuch in der Schweiz, weil sie im Memorandum des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes anlässlich des erstmals für 1981 vorgesehenen Papstbesuches als Bereiche der wesentlichen Lehrunterschiede herausgestellt worden war (HK, Juli 1981, 325–328). Die Bischöfe standen zudem unter dem Eindruck teilweise polemischer Reaktionen reformierter Kreise auf die Vorschläge der Projektkommission der Bischofskonferenz für eine Neueinteilung der Bistümer in der Schweiz (HK, Juli 1982, 319–321). So erklärte an der Pressekonferenz im Anschluß an diese Sommersitzung Bischof *Pierre Marie*: „Es zeigt sich heute immer deutlicher, daß noch wichtige Unterschiede und Gegensätze in Glaubensfragen vorhanden sind, aber auch Differenzen, die nicht lehrmäßig oder glaubensbedingt sind, sondern eher von der geschichtlichen Entwicklung, von kulturellen, psychologischen, emotionalen oder soziologischen Faktoren herrühren. Diese Unterschiede erschweren den Fortschritt der Ökumene in der Schweiz beträchtlich. Dies ist der Grund für die verbreitete Meinung, daß der Ökumenismus in der Schweiz vor *ständig zunehmenden Schwierigkeiten* steht. Manche haben das Gefühl, daß dieser Versuch die menschlichen Kräfte

und unsere Möglichkeiten übersteige. Andere lassen sich entmutigen, sprechen von einer zerstörten Hoffnung oder resignierten stillschweigend. Die gleichen Schwierigkeiten (Lehrunterschiede; Reaktionen auf das Projekt der Bistumsneueinteilung) zeigen uns aber auch, daß die ökumenische Arbeit *notwendiger ist als je zuvor*.“ Die Bischofskonferenz befaßte sich ferner mit humanitären und missionarischen Fragen: Sie überlegte, wie sie künftig noch wirksamer gegen *Menschenrechtsverletzungen* auftreten könnte, nahm zu den vorgeschlagenen Verfahrensänderungen im Schweizerischen Asylgesetz Stellung und ließ sich über die Tätigkeit des *Schweizerischen Katholischen Missionsrates* informieren. Schließlich wählte die Bischofskonferenz P. *Ama-deus Grab OSB* zu ihrem neuen Sekretär, nachdem der bisherige Sekretär *Anton Cadotsch* zum Generalvikar des Bistums Basel berufen worden war.

Bischofskonferenz der VELKD und Lutherisches Kirchenamt haben eine Erklärung zur Bedeutung der Theologie Martin Luthers vorgelegt. Die Erklärung mit dem Titel „Martin Luther – Zeuge des Glaubens“ will vor allem auf die Seiten von Luthers Wirken hinweisen, die für die lutherischen Kirchen von zentraler Bedeutung sind. Luthers Gegenwartsbedeutung wird anhand seines *Glaubensverständnisses* entfaltet: Der Reformator habe in der Überwindung der Angst die befreiende Kraft des Glaubens erfahren; sein Glaube widerstehe nicht nur der Lebensangst, sondern auch einer alles zersetzenden Skepsis im Blick auf die Wahrheit. Es sei Luthers tiefste Einsicht über den Menschen, daß dieser durch die Leistung so wenig wie durch die Vernunft wirklich zu sich selbst komme: „Auch für die Existenz vor Gott gilt, daß wir nicht sind, was wir haben, sondern was wir vertrauend glauben.“ Der Text hebt zur *Bedeutung Luthers für die ökumenische Gemeinschaft der Kirchen* hervor, daß die Autorität des Reformators immer von der Heiligen Schrift abgeleitet sei: „Nur wo er sie auslegt und anwendet . . . , kann er in der evangelischen Kirche Autorität beanspruchen.“ Luthers Abbau menschlicher Traditionen, sein klares Christuszeugnis und sein Verständnis des Bibelwortes als Evangelium der freien Gnade Gottes seien unverzichtbare Grundlagen einer wirklich ökumenischen Überwindung konfessioneller Grenzen. Die Gemeinschaft des Lutherischen Weltbundes zeige, welche grenzüberschreitende Kraft das lutherische Bekenntnis habe. In der Freiheit auch gegenüber kirchlichen Ordnungen und Strukturen, Gestalten und Institutionen sieht die Erklärung eine unverwechselbare Aufgabe der lutherischen Konfession in der ökumenischen Gemeinschaft der christlichen Kirchen in aller Welt. Die Erklärung deutet Luther schließlich als *Zeugen des Glaubens*. Sie nennt die Bibel als seine Quelle, aus der auch lutherische Christen ihren Glauben ableiten müßten. Das bedeute aber keinen Buchstabenglauben: „In der Predigt, im Zeugnis über der geöffneten Bibel, durch Taufe und Abendmahl begegnet uns kein anderer als der lebendige Herr, niemals ohne den Buchstaben der Schrift, aber auch niemals allein durch den Buchstaben.“ Gegenüber einer Reduktion Jesu auf seine Menschlichkeit hebt der Text hervor, daß Luthers Glaube an Gott ganz auf den Christus bezogen sei, „den man nicht sieht, auf seine Gottheit, die unter dem Kreuz verborgen, aber gerade so offenbart ist.“

Für kalkulierte einseitige Abrüstungsschritte hat sich die Arbeitsgruppe „Schritte zur Abrüstung“ in einem Anfang Juni vorgelegten Papier ausgesprochen. Die Arbeitsgruppe knüpft damit an die Forderungen ihres vor zwei Jahren veröffentlichten ersten Papiers (vgl. HK, Juni 1981, 276–278) an. Die Verfasser stellen

nach einer Analyse der gegenwärtigen Situation von Rüstung und Rüstungskontrolle fest: „Deshalb ist die schrittweise Abschaffung atomarer Waffen, verbunden mit einer Umrüstung auf Defensivwaffen, der einzige für uns erkennbare Weg, unsere ethischen Überzeugungen auf die politische Wirklichkeit zu beziehen“. Als *konkrete Abrüstungsmaßnahmen* werden genannt: der Verzicht auf neue Atomwaffen; der Verzicht auf den Ersteinsatz atomarer Waffen; die Umrüstung der Streitkräfte („Wir treten ein für die Umrüstung der Bundeswehr zu einer Streitmacht, die unser Territorium so wirksam wie möglich schützt, aber zu einem Angriff über unsere Grenzen hinaus strukturell unfähig ist“); das Verbot von Rüstungsexporten. Die Arbeitsgruppe wendet sich gegen jede Stationierung neuer Atom-Raketen, „und zwar auch dann, wenn es weniger sind, als ursprünglich im Beschluß der NATO vorgesehen“. Durch die Stationierung neuer Atomraketen könnte in der Bundesrepublik eine Situation entstehen, durch die der Grundkonsens der Demokraten einer schweren Belastung ausgesetzt würde. Die Verfasser fordern die *staatlichen Organe* auf, sich genau zu überlegen, in welche Lage sie sich selbst und die von der Überzeugung der Mehrheit abweichenden Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Entscheidung bringen würden. Gleichzeitig wird festgestellt: „Auch wir in der Friedensbewegung müssen uns prüfen.“ Wer sich der Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen widersetzen wolle, müsse es *gewaltfrei* tun. An die Stelle von Gewalttätigkeiten müßten Entschiedenheit, Einfallsreichtum und Beharrlichkeit gesetzt werden. Wenn die Friedensbewegung in der Bundesrepublik einen ausreichenden Einfluß gewinnen wolle, müsse sie die Sicherheitsbedürfnisse und Ängste der Mehrheit richtig einschätzen.

In einer breit angelegten Protestaktion haben sich litauische Katholiken an den sowjetischen Parteichef Jurij Andropow gewandt. Ca. 36 000 Katholiken aus verschiedenen Pfarreien haben in Resolutionen und an Andropow gerichteten offenen Briefen die Freilassung des Priester *Alfonas Svarinskas* gefordert. Svarinskas war eines der Gründungsmitglieder des „Katholischen Komitees für Verteidigung der Rechte der Gläubigen“ und wurde Anfang Mai 1983 wegen „antistaatlichen und verfassungsfeindlichen Aktivitäten“ zu sieben Jahren Gefängnis mit anschließender dreijähriger Verbannung verurteilt. An der Protestaktion beteiligten sich auch 104 Priester aus der Heimatdiözese von Svarinskas Telsiai. Svarinskas ist seit zehn Jahren der erste zu einer Gefängnisstrafe verurteilte Priester. Aufgrund von Mitteilungen in der „Chronik der katholischen Kirche in Litauen“ ist bekannt, daß demnächst auch der Prozeß gegen Pfarrer *Sigitas Tamkevicius*, ein weiteres Gründungsmitglied des „Katholischen Komitees“, zu erwarten ist. Auch seien noch andere Priester, die Mitglieder des „Katholischen Komitees“ sind, verhört worden. Wie der „Chronik“ weiter zu entnehmen ist, wollen die sowjetischen Behörden durch die jetzt wieder einsetzenden *Priesterprozesse* nicht nur einige bekannte Priester mundtot machen, sondern versuchen, auch die katholischen Gemeinden des Landes noch schärfer unter staatliche Kontrolle zu bringen. Dabei geht es vor allem um die Durchsetzung der „Statuten für religiöse Vereinigungen“, die nach gesamtsovjetschem Muster die Gemeindepfarrer den von Partei und Staat gelenkten *Exekutivkomitees* unterstellen sollen. – Fast zur gleichen Zeit haben sich auch in der Slowakei Katholiken in Flugblättern gegen Übergriffe der staatlichen Behörden gewandt und insbesondere gegen die Verhaftung einer Gruppe von Franziskanermönchen am Palmsonntag (vgl. HK, Mai 1983, S. 236) protestiert und die Freilassung der acht aus dieser Gruppe noch Inhaftierten verlangt, denen der Prozeß gemacht werden soll, weil sie heimlich dem Franziskanerorden angehören sollen.